

## **Wahlprüfsteine des Marburger Bundes Hessen zur Landtagswahl in Hessen 2018**

### **Ärztmangel**

**Wie seit vielen Jahren bekannt gefährdet der Fachkräftemangel in den Krankenhäusern die Leistungsfähigkeit im Gesundheitswesen. Die chronische Unterbesetzung ärztlicher Stellen führt zur Überlastung von Ärzten und Pflegekräften, die letztlich die Patienten zu spüren bekommen. Was sind Ihre Pläne, gegen den Ärztemangel in Hessen vorzugehen?**

Der Personalmangel in den Gesundheitsberufen hat ganz besonders mit der hohen Arbeitsbelastung zu tun. Wenn Mitarbeiter\*innen ihre Arbeit in der vorhandenen Zeit nicht mehr erledigen, die Patient\*innen nicht adäquat versorgen können, von einem zum anderen rennen müssen und selbst davon krank werden, dann fliehen sie aus dem Beruf oder reduzieren zumindest die Arbeitszeiten. Deshalb muss sich dringend die Personalausstattung ändern. Wir brauchen Personalmindeststandards, die eine gute Arbeit ermöglichen, bei denen Hygienestandards eingehalten werden können, bei denen Patient\*innen die notwendige Zuwendung erhalten und die Mitarbeiter\*innen nicht völlig erschöpft aus dem Dienst kommen. Für eine bessere ärztliche Versorgung müssen die Studienplätze für Medizin aufgestockt werden.

### **Notfallversorgung**

**In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Patienten in der Notaufnahme verdoppelt. Doch viele der Patienten sind überhaupt keine „echten“ Notfälle und könnten ambulant behandelt werden. Die Öffnungszeiten des ärztlichen Bereitschaftsdienstes sind jedoch sehr intransparent, die Nummer 116117 unzureichend bekannt, so dass die Patienten in die Notaufnahmen kommen. Gleichzeitig werden die**

**Krankenhäuser hierfür unzureichend finanziert. In Höchst läuft derzeit ein erster Modellversuch. Welche Maßnahmen planen Sie, um eine integrative Notfallversorgung weiter voranzutreiben?**

Die Reduzierung der Standorte des ärztlichen Bereitschaftsdienstes und die schlechtere ambulante Versorgungslage machen sich in den Notaufnahmen der Kliniken deutlich mit einer höheren Patientenzahl bemerkbar. Zusätzlich sind Menschen unsicher, an welche Stelle sie sich in einem akuten Krankheitsfalle wenden sollen. DIE LINKE sieht eine Bündelung der Ressourcen bei der Notfallversorgung sinnvoller an als das Nebeneinander von Rettungsdienst, Notfallambulanz und ÄBD. Deshalb sollte es integrierte Rettungsleitstellen geben, die an die Krankenhäuser angeschlossen sind. In der Leitstelle soll ein Arzt bzw. eine Ärztin sein, die in Zweifelsfällen beurteilen kann, was die richtige Vorgehensweise ist. Der Patient bzw. die Patientin werden dann entweder an den ÄBD, die Notfallambulanz der Klinik verwiesen oder ein Rettungswagen wird geschickt.

**Studium**

**Landarztquote**

**Der von Bund und Ländern beschlossene Masterplan 2020 stellt es den Ländern frei, bis zu 10% der Plätze an Studenten zu vergeben, die sich vertraglich verpflichten, nach dem Studium zehn Jahre in einer unterversorgten Region zu praktizieren. Bei Vertragsbruch drohen erhebliche Sanktionen, die laut Bundesgesundheitsministerium bis 150 000 Euro betragen können. In Nordrhein-Westfalen ist die Regierung aufgrund der Einführung einer Landarztquote stark in Kritik geraten. Ist auch in Hessen eine Einführung einer Landarztquote geplant?**

Eine Verpflichtung bei Studienbeginn sieht DIE LINKE als problematisch an. Studienanfänger\*innen wissen meist nicht, in welche Richtung sie im Laufe der Ausbildung gehen wollen. Vielmehr versprechen wir uns mehr von einer stärkeren Integration der Allgemeinmedizin im Studium (Pflichtfach) und in der praktischen Ausbildung. Weiterhin muss sich die Vergütungssituation der Landärzt\*innen verbessern, Regresse dürfen nicht aufgrund von Budgetüberschreitungen erfolgen, sondern nur bei unwirtschaftlichem Handeln. Ein großes Problem bei der Verteilung der Arztsitze zwischen Stadt und Land sind die Anreize in der Stadt zu arbeiten, weil dort mehr Privatversicherte behandelt werden können. DIE LINKE fordert eine solidarische

Bürgerversicherung, in der alle Mitglied sind, so dass es dann nicht mehr zu ungleichen Vergütungen und ungleichen Behandlungen kommt.